# *Res publica* in Zeiten von Corona: höchste Zeit für öffentliche Angelegenheiten.

**Nur – ist es in dieser Krise wirklich anders?**

Rainer Bartel

## 1. Pandemie, Gesundheit, Wirtschaft und soziale Wohlfahrt

Nein, es ist keine neue Art von Grippe. COVID-19 („Corona“) verursacht bislang nachhaltige, potenziell gefährliche Schädigungen der Organe und beeinträchtigt zumindest die physische Konstitution. Dadurch ist die Hoffnung auf eine Durchseuchungsquote von deutlich mehr als der Hälfte der Bevölkerung, die hinreicht, um pandemische Erkrankungen hintanzuhalten, zunichte zumal die gesundheitlichen Kosten i.w.S. (d.h. alle quantifizierbaren Nachteile) der Durchseuchung untragbar hoch erscheinen. Obendrein sind durch Infektion gebildete Antikörper überwiegend unbeständig; wir können uns auf diese Art der Immunisierung also nicht verlassen. Ähnliches dürfte für die Antikörper gelten, die durch eine vielleicht bald verfügbare Impfung geschaffen werden – von der Ablehnung der Impfung durch kleine Teile der Bevölkerung abgesehen. Die Inkubationszeit ist nach wie vor divers und streut zwischen wenigen Tagen und Wochen. Die anfangs typischen Krankheitssymptome werden zusehends atypischer und verlängern die Zeit bis zur sicheren Erkennung der Erkrankung. Die Isolation von Infizierten oder schon Erkrankten zur Eindämmung weiterer Infektionen und Erkrankungen ist aus den beiden letztgenannten Gründen in ihrer Wirksamkeit stark eingeschränkt. Testungen sind Momentaufnahmen zum Zeitpunkt der Probennahme. Negative Testergebnisse erweisen sich – bei vielen verschiedenen sozialen Kontakten – nicht als nachhaltig gültig (Infektionen können nach dem Test stattfinden). Positive Testergebnisse sind allerdings nützlich für eine zielgerichtete Isolierung zur Eindämmung weiterer Ansteckungen. Tests für den Selbstgebrauch durch medizinische Lai_innen sind im Vergleich zu professionellen Tests sehr fehleranfällig, und das in beide Richtungen (positives Ergebnis bei negativem Status und negatives Ergebnis bei positivem Status), und können, abgesehen von den hohen, oft abschreckenden Kosten einer ständigen (Selbst-)Testung keinen verlässlichen Anhalt für Entscheidungen bieten, die durch den Serostatus betroffen sind (wie verhalte ich mich privat oder in der Wirtschaft).[1]

Selbst valide Testergebnisse erlauben keinen annähernd zuverlässigen Schluss auf die gesamten Infektionen: erstens, besonders wenn die Infektionsraten hoch sind, ohne dass dies noch bekannt ist, sind und viele Infektionen unerkannt blieben (für Wuhan vgl. Hua u.a. 2020: Unterschätzung der Durchseuchung um 13 bis 47 %), und zweitens, weil bislang die Testungen noch knapp sind und deshalb Problemzonen (Wuhan, Ischgl, Krankenhäuser etc.) schwerpunktartig getestet werden und damit zu selektiv sind (Überschätzung der Durchseuchung); Stichproben-Testergebnisse sind daher für die Gesamtheit oft nicht repräsentativ; internationale und selbst interregionale Vergleichbarkeit ist dadurch eingeschränkt (Hua 2020). Der Umgang mit Infizierten ist zu Recht unterschiedlich, weil von den örtlichen

[1] Soweit ist das zumindest das Wissen eines medizinischen Laien und interessierten Zeitungslesers. Die zahlreichen Quellenangaben seien hier erspart.

Bedingungen abhängig (Turrini u.a. 2020), die Effektivität ist jeweils aber schwer abzuschätzen (Mackie 2020). Vorsichtigeres und eingeschränktes Sozialverhalten senkt einerseits die Sterblichkeit auch in anderen Problembereichen, andererseits ist coronabedingt die medizinische Versorgung in Nicht-Corona-Bereichen reduziert und wird die Sterblichkeit erhöhen. Oft ist die gemessene Sterblichkeit insgesamt (nicht nur aufgrund von Corona) nur gering erhöht oder sogar gesunken. Unsicherheit dominiert somit in mehrerlei Hinsicht.

Das Virus wird aus unserer Umwelt nicht verschwinden. Infektionen wird es daher immer wieder geben, denn absolute Sicherheit vor Virusübertragungen kann es in sozialen Zusammenhängen nie geben. Der hohe Globalisierungsgrad erhöht die Verbreitungsgeschwindigkeit und das Ausmaß der Infektion (Zimmermann u.a. 2020). Wollen wir Pandemien eindämmen und schließlich verhindern, um die bisherige Funktionsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems zu bewahren, können wir den Status quo unserer Wirtschaft und Gesellschaft nicht fortdauern lassen. Langfristig wird es dazu strukturelle Verhaltensanpassungen im Wirtschaftlichen und im Sozialen geben müssen. Kurzfristig sind die Maßnahmen länderweise sehr unterschiedlich wirksam (Our World in Data 2020). Das erfordert soziale Kooperation (individuelle Rücksichtnahme und Verhaltensnormerfüllung, Anpassung des Wirtschaftssystems). Insofern gleicht die Lösungsproblematik jener der Umweltschädigung oder -zerstörung; auf individuelle Vorteile (Bequemlichkeit des Umweltverschleißes, Preisgünstigkeit umweltintensiver Güter, „Schwarzfahren“ [2] im freiwilligen Umweltschutz) muss (teilweise) verzichtet werden für den Vorteil des gemeinschaftlichen Nutzens einer nachhaltig lebenswerten und lebensfähigen Umwelt.

Die Erfahrungen zeigen, dass mit Freiwilligkeit das Problem nicht annähernd zu lösen ist. Diese *res publica* der freiwilligen, gemeinsamen Gestaltung einer effektiven Ressourcenschonung – motivierte durch faktenbasierte Informationen – ist also zu ergänzen durch die *res publica* der staatlichen Organisation, welche die gemeinschaftlichen Ziele durch Anreizgebung und Zwangsdurchsetzung verwirklichen will. Das ist ein „alter Hut“, eine Weisheit, die allgemein für wichtige gesellschaftliche Probleme gilt (Beschäftigung, Verteilung etc., letztlich soziale Wohlfahrt[3]), aber noch lange und bei Weitem nicht voll durchgedrungen ist und beachtet wird, also nicht befriedigend realisiert wurde. Im Umweltbereich können wir uns subjektive Sicherheit schaffen, wie z.B.: Österreich wird nicht im Meer versinken, die Umweltbedrohung unserer sauberen Alpenrepublik ist nicht existenzbedrohend, unsere Nachfahren werden die Problematik technisch gelöst haben. Auch im Sozialbereich können wir uns Illusionen hingeben, wie etwa die Verteilung ist leistungsgerecht, die Unterschiede in der individuellen Leistungsfähigkeit naturgegeben (oder gar gottgewollt), jede_r findet Arbeit, wenn er oder sie will, und verhungern haben wir unsere Leute ja eh nicht lassen, jede_r findet sich in seine Position in der Reichtums-/Armuts-Hierarchie ein, die Wichtigsten sind ja doch die Leistungsträger_innen, Unterschiede nützen Wirtschaft und Gesellschaft mehr als sie schaden. Die Corona-Problematik mag im Vergleich dazu als hinreichend unmittelbar, bedrohlich und intensiv empfunden, dass ein Umdenken, Umlernen und ein problemangemessener Systemwandel stattfinden: in Privatsphäre, Politik und Wissenschaft. In der Pri-

[2] Schwarzfahren (Trittbrettfahren, *free riding*) bedeutet hier, dass sich jemand nicht normgemäß verhält, indem oder sie den individuellen Vorteil maximiert und den anderen das normkonforme Verhalten überlässt, das den gemeinschaftlichen („sozialen“) Vorteil bringt. Hinreichend wenige Schwarzfahrer_innen zerstören das Gemeinschaftsvorhaben nicht, aber einer kritischen Schwelle jedoch sehr wohl.

[3] Der Begriff soziale Wohlfahrt meint umfassend das Wohlergehen einer ganzen Gesellschaft, sowohl in materieller, quantitativer Hinsicht (Wohlstand) als auch unter dem immateriellen, qualitativen Blickwinkel. Das schließt die umgangssprachliche, engere Begrifflichkeit sozialer Wohlfahrt als karitative Institution mit ein.

vatsphäre sollte eine neue Art sozialer Nähe gelernt werden. In der Politik sollte gerade jetzt kein Kleingeld gewechselt werden, sondern Kritik konstruktiv sein und rezipiert werden. In der Wissenschaft mag, so paradox es klingt, mehr Bescheidenheit walten und Realitätsnähe herrschen, um der neuen, komplexen Herausforderung effektiv begegnen und die Politik besser beraten zu können.[4] Und dennoch: Fehler scheinen wegen der Neuartigkeit programmiert und unvermeidbar, nur sollte rasch daraus gelernt werden.

## 2. Wirtschaft und soziale Wohlfahrt

Beginnen wir mit den laufenden Statistiken (oenb.at). Nach einer schwachen Abflachung des realen Wachstums im Jahr 2019 und einer deutlichen im vierten Quartal 1999 (Q4 19) – noch vor dem hierzulande effektiven Corona – folgte in der Mitte von Q1 20 rasch ein scharfer Einbruch, der in Q2 20 ein in der Nachkriegszeit ungekanntes Ausmaß annahm und auch von geringerer Inflation nicht wesentlich gedämpft wurde (vgl. Abb. 1 bis 5, wie alle anderen Abbildungen im Grafikanhang). Dabei handelt es sich um Einbußen an realem BIP (kaufkräftigem Einkommen in Österreich) von acht Mrd. Euro pro Quartal im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal (Abb. 2, 3). Die Schnelligkeit dieser Einbußen zeigt sich besonders daran, dass die Rückgänge im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal (Q4 19 bzw. Q1 20) fast so groß waren wie im Vergleich zu den Vorjahresquartalen (Q1 19 bzw. Q2 19). Die Stärke der Einbuße in Q2 20 geht daraus hervor, dass der Rückgang gegenüber Q1 20 doch noch nahe am Rückgang gegenüber Q2 19 lag, also, obwohl der Rückgang in Q1 20 schon beträchtlich war (Abb. 4). Die extreme Schnelligkeit und Stärke der Rezession zeigen sich auch im historischen Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise der 2000er Jahre: *the Great Recession* (Abb. 5).

Von der BIP-Verwendungsseite betrachtet, zeigt sich, dass der zuweilen so krisenresistente Privatkonsum diesmal deutlich nachgab (wohl ein Zeichen für die Schwere der Krise; die Investitionen sind meist flatterhaft und reagierten entsprechend), so dass es allein der öffentliche Konsum es war (d.h., die staatlichen Leistungen es waren), die das Niveau annähernd hielten (Abb. 6). Von der Verteilungsseite des BIP gesehen, waren es die Einkommen der Unselbstständigen, die das Niveau beinahe hielten, während Gewinne und Selbstständigeneinkommen sowie der Staat mit der Differenz aus Produktionsabgaben und Subventionen deutlichere Einbußen erlitten (Abb. 7). Ab Q1 20 litt die Außenwirtschaft exportseitig unter der internationalen Rezession (und zwar überproportional zur BIP-Abnahme), und die Importe gingen wohl vor allem unter dem Einfluss des inländischen Einkommensrückgangs zurück (Abb. 8, 9), wobei beide Seiten freilich auch durch gestörte oder unterbrochene Absatz- wie Beschaffungsketten dezimiert wurden. Rückläufige Importe wirken zwar dem binnenwirtschaftlichen Einkommensrückgang entgegen, doch darf nicht übersehen werden, dass Importe der Inlandsproduktion und Lieferfähigkeit (Einkommensentstehung in der Binnen- und Exportwirtschaft) dienen und dass sie ausländische Nachfrage nach unseren Gütern stärken („internationaler Einkommenszusammenhang“).

Prognosen (zwischen April und Juli unternommen) deuten einerseits für 2020 auf reale BIP-Abnahmen von 6,2 bis 7,5 % hin, andererseits erscheinen die Vorhersagen für 2021 mit zwischen 3,2 und 5,8 % –

[4] Wieso erklären Teile der sehr spezialisierten Wissenschaft die allgemeine Situation mit einer Selbstsicherheit, die nicht zu der komplexen Krise dazu passt (Fleck 2020), zumal auch Corona mit historischen Pandemien schwer vergleichbar ist (Eisenberg 2020)? Wie soll die Politik in der neuartigen Situation die zweifelhaften wissenschaftlichen Erkenntnisse bestens umsetzen (Al-Ubaydli u.a. 2020), noch dazu, wenn ihr aktuelle und verlässliche Daten fehlen (Eichstädt 2020)?

angesichts der derzeitigen Unsicherheit und Verunsicherung – sehr optimistisch (Abb. 10, 11). Allein die OECD unterscheidet in ihrer Prognostik zwischen *"single hit"* und *"double hit"*, also der Annahme nur einer Infektionswelle mit dem erfahrenen *close-down* und einer zweiten solchen Welle mit demgemäßen Wirtschafts- und Sozialfolgen im Herbst/Winter 2020. Dabei fallen die Prognosen selbst unter dem Szenario einer zweiten Welle überraschend optimistisch aus (Abb. 10). Was weiter erstaunt, sind die rezessiven Vorhersagen des öffentlichen Konsums (trotz coronabedingt erhöhter staatlicher Leistungsangebote) und der Bruttoinvestition, also die Investitionen samt Abschreibungen, einschließlich der staatlichen Investitionen betreffend die Infrastruktur (Abb. 11). Ausgehend von einer Budgetsaldenquote von 0,7 % (d.h. einem ebensolchen gesamtstaatlichen Finanzierungsüberschuss in Relation zum BIP, nominell) im Jahr 2019, werden für 2020 Budgetdefizitquoten (negative Budgetsaldenquoten) zwischen 6 und 10 % am BIP vorausgesagt; dabei überraschen wieder die relativ günstigen Prognosen für 2021 von 1,6 bis 5,5 % (Abb. 12). Die Voraussagen für die Arbeitslosenquote (nach internationaler Definition gemäß ILO, welche relativ niedrig und wenig reagibel ist im Vergleich zu den Berechnungen nach der nationalen Definition laut AMS) belaufen sich, nach 4,5 % im Jahr 2019, für 2020 – wiederum auf Basis eines angenommenen *"single hit"*-Szenarios – auf 5,5 bis 6,0 % (Abb. 13).

Im historischen Vergleich mit der *Great Recession* wird die extreme Schwere der Beschäftigungskrise deutlich, insbesondere bei Heranziehung der Daten nach der ehrlicheren, problemadäquateren AMS-Messmethode („Registermethode": gemäß Gesamtzahl der arbeitsuchenden und kurzfristig verfügbaren Arbeitslosen, die weder in Schulung noch krank noch in Kurzarbeit sind, in Relation zu den unselbstständig Beschäftigten plus Arbeitslosen; vgl. AMS 2020). So ergaben sich Spitzen der Arbeitslosigkeit von 9 % (Jan 2010) bzw. 12,7 % (Apr 2020) und immerhin noch 9,2 % im Juli 2020 (Abb. 14). Quoten wie auch die Arbeitslosenquote lassen als bloße, relativ niedrige Prozentsätze leicht das Problemausmaß unterschätzen. Deshalb sollen die Monatsendstände an arbeitslosen Personen (jeweils gerundet) einen Eindruck vermitteln, der mit 323.700 (Jan 2010) bzw. 522.300 (Apr 2020) und immer noch 384.000 im Juli 2020 sehr eindrücklich ausfällt. Von Februar auf März 2020 schnellte die Anzahl der Arbeitslosen von 334.000 auf 504.300 an, eine Zunahme von 170.000 Menschen (Abb. 15).

Derartige Problementwicklungen bleiben nicht ohne Folgen für die wirtschaftliche Verunsicherung bzw. auf das Vertrauen in die Wirtschaftsentwicklung. Der historische Vergleich eines Vertrauensindex in die Wirtschaft (OeNB 2020) zeigt ein Tief von 76,4 Indexpunkten für 2009, das schlimmste Jahr der *Great Recession*, ausgehend von 112 im Jahresdurchschnitt von 2007, und ein Tief von 61,9 Indexpunkten im Mai 2020, dem bisherigen Corona-Krisenhöhepunkt, ausgehend von 102,8 als dem Jahresdurchschnitt von 2019 (Abb. 16). Im Gegensatz zu diesem Vertrauensindex zeigt ein anderer Vertrauensindex, konstruiert als Saldo der positiven und negativen Einschätzungen der Wirtschaftsentwicklung und unterschieden nach Sektoren der Wirtschaft folgendes Bild. Vom vergleichsweise höchsten Niveau stürzte der Dienstleistungsbereich von Februar auf April 2020 von plus 16 auf minus 46 ab und erholte sich bis Juli 2020 auf nur minus 19. Ein Teilbereich davon, der Einzelhandel, zeigte im selben Zeitraum einen Absturz auf minus 47, ausgehend von einem Misstrauen von bereits minus 15 und einer noch zweifelhaften Erholung auf minus 29. Bau und Industrie zeigen ähnliche Vertrauensverläufe. Weniger prononciert verlief das Vertrauen im Konsumbereich (Abb. 17). Eine das Wirtschaftsvertrauen signalisierende Größe sind die Neuzulassungen fabrikneuer Kfz. Deren monatsweise ausgewiesene, jährliche Veränderungsraten zeigen in etwa den gleichen Verlauf wie die anderen Vertrauensindizes, aber – insbesondere im Teilbereich PWWs und Kombis – mit extremen Veränderungsraten von fast 20 % (Jan 2020) über minus zwei Drittel (März 2020) bis vorerst gut minus 20 % im Juli 2020 (Abb. 18).

Großhandels- und Erzeugerpreise (Absinken auf null % Inflation bereits für das Jahr 2019) reagieren rascher und v.a. stärker als die Verbraucherpreise und befinden sich 2020 meist im Deflationsbereich (negative Inflationsraten), was als Krisensymptom zu werten ist (Anzeichen für Verlustmachung). Die Verbraucherpreise (VPI nach österreichischer Konstruktion) zeigen einen tendenziellen Rückgang der Inflation nach einem (lokalen) Maximum von 2,2 % im Februar 2020 ein (lokales) Minimum von 0,7 % im Mai (Abb. 19). Ein Sinken der Inflation der Verbraucherpreise mindert zwar die nominellen Einkommensverluste real (kaufkraftmäßig), kann aber nicht entscheidend nachfragemengenwirksam werden. So erscheinen auch die verschiedentlich vorgenommenen Mehrwertsteuersenkungen in besonders krisenhaften Konsumbereichen eher als möglicher, aber wahrscheinlich wenig effektiver psychologischer Anstoß zu erhöhter Nachfrage oder (unternehmensseitig) geringeren Verlusten und höherer Produktion und Investition. Dass es ratsam sei, in der allgemeinen Wirtschaftslage (d.h. gegenwärtig situationsbedingt) zu sparen, erfährt ab März 2020 eine deutlich höhere Zustimmung und verweist auf eine reduzierte Konsumneigung, Güternachfrage, Produktion und Beschäftigung (Abb. 20).

Die aufgezeigten Entwicklungen lassen die krisenbedingten Einbußen an sozialer Wohlfahrt erahnen. Auch wenn es sich hier nur um leicht quantifizierbare Größen handelt und diese sich insofern primär auf den Wohlstand beziehen, so ist mit zu bedenken, dass sich die Einkommens- und Kaufkrafteinbußen doch auf einen relativ begrenzten Personenbereich konzentrieren, wo sie aber meist massiv, oft existenzbedrohend und somit auch seelisch katastrophal wirken – wobei wir auch schon bei der qualitativen Komponente angelangt sind und wo somit die volle Palette der Verluste an sozialer Wohlfahrt (nicht nur die materiellen Einbußen) zum Tragen kommt. Hinzu kommt noch, dass das wirtschaftlich-soziale Leid die Ängste der (noch) nicht davon Betroffenen schürt und dass diese mit den bereits Betroffenen mitleiden; so können wir vielleicht die Problemdimension ermessen – selbst, wenn wir uns auf die Metaebene stellen und davon emotional nicht (annähernd so stark) berührt sind.

## 3. Ein analytischer Blick auf die neue Krise

Im Gegensatz zur Finanz- und Weltwirtschaftskrise in den 2000er-Jahren konnte die Corona-Krise von niemandem vorhergesehen werden – selbst nicht mit „(Lucas-)rationalen Erwartungen[5] – und traf Wirtschaft und Politik unvorbereitet. Das Seltene an dieser Krise ist auch und vor allem, dass es sich um einen unmittelbaren Angebotsschock handelt (nicht wie die Angebotsschocks in den 1970ern via Ölpreisanstieg), also ähnlich wie schon vor etwa 100 Jahren die Spanische Grippe, zumal die Produktionsmöglichkeit und das Produktionsniveau durch den teilweisen Ausfall des Faktors Arbeit relativ schlagartig eingeschränkt wurden: egal, ob es sich um den *"lock-down"* durch staatliche Vorschriften handelt oder um Erkrankungen, welche die (selbstständige und unselbstständige) Erwerbstätigkeit reduzieren. Dieser Ausfall aus Gründen der Pandemie und der Vorsichtsmaßnahmen am Arbeitsplatz, um Schlimmeres zu verhindern, kann kaum durch Überstundenleistungen ausgeglichen werden. Hinzu kommt, dass die Verfügbarkeit von Arbeitskräften unter Pflegeverpflichtungen gegenüber Erkrankten

[5] Nach Robert Lucas können die Wirtschaftsteilnehmer_innen in typischen Fällen die Wirtschaftsentwicklung genau voraussehen und sich gegenwärtig schon auf die künftigen Umstände einstellen, sie also in ihren Jetzigen Handlungen antizipieren und sich optimal anpassen. Das setzt allerdings voraus, dass es einen Präzedenzfall, eine konkrete Erfahrung mit einer solchen Situation gibt und damit, wie der Staat auf diese Lage reagierte. Beide Voraussetzungen gelten im Corona-Fall nicht. Außerdem müsste die Eintrittswahrscheinlichkeit bekannt sein, d.h., zu welchen Zeitpunkten mit jeweils welcher Wahrscheinlichkeit das Ereignis eintritt.

im sozialen Umfeld oder unter Aufsichts- und Heimschulungsverpflichtungen gegenüber Kindern bei Kindergarten- und Schulschließungen leidet.[6] Solche Restriktionen werden weiter verschärft, wenn die Gesundheitsleistungen des Staates an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen: nicht nur in der Behandlung von Corona-Patient_innen, sondern auch von anderen Erkrankten und Behandlungsbedürftigen. So gesehen geht die Kritik an der medizinischen Überversorgung (Überkapazitäten) in Spitälern ins Leere – insbesondere, wenn die Kritik auf „Milchmädchenrechnungen" beruht, die nicht berücksichtigen, dass Kosten-, Kapazitäts- und Leistungseinsparungen dann in anderen Versorgungsbereichen (Praxen niedergelassener Ärzt_innen, Privatspitäler) zu erhöhten Kostenbelastungen führen.

Mit diesen Einschränkungen der Erwerbstätigkeit sind gleichzeitig und unmittelbar Einkommenseinbußen oder -ausfälle verbunden. Daraus folgt ein unmittelbarer Einkommensrückgang, sind doch Produktion auf dem Markt und Leistungseinkommen gleichsam die zwei Seiten ein und derselben Medaille. Zusätzlich gehen die nicht unmittelbar von der Einkommensabnahme Betroffenen aufgrund der psychischen Schockwirkung, welche die Krise bei vielen erzeugt, zum Vorsichtssparen über und konsumieren sicherheitshalber weniger als zuvor, um für den Fall der Arbeitslosigkeit besser gewappnet zu sein (vgl. Abb. 20). Das Arbeitslosengeld von maximal 55 % des Letztbezugs stellt selbst bei extremer Sparsamkeit die Betroffenen angesichts der hohen Fixausgaben (Wohnung, Kredit/-teil/-rückzahlungen, Versicherungsprämien etc.) und niedrigem, jedenfalls begrenztem Finanzvermögen vor existenzielle Probleme. Solche Verunsicherung ist sozial und wirtschaftlich ansteckend, zumal sich das Bauchgefühl – die *"animal spirits"* (Keynes 1937, Akerloff/Shiller 2009) – plötzlich und rasch verbreiten können,[7] wenn nicht die Politik in einem überzeugenden Akt die Unsicherheit, und damit das typisch andere Verhalten als normal, rasch und effektiv beseitigt, bevor es sich verfestigt und selbst verstärkt. Sogar der Marktwirtschafter Ludwig Erhard (1957) meinte, dass Wirtschaft zu 50 % Psychologie sei. So gesehen wäre eine rasche, entschlossene Aktion der Regierung(en) erforderlich, um die psychischen Effekte auf die Wirtschaft hintanzuhalten.

Doch bloße Ankündigungen und zaghafte Umsetzungen können die Angst der Bevölkerung nicht effektiv mindern. Geschwindigkeit und Wirksamkeit wären daher gefragt. Daher scheint es unter Unsicherheit wichtiger zu sein, rasch und gesundheits- und somit auch wirtschaftspolitisch möglichst effektiv in der Präventionswirkung zu handeln, statt das Augenmerk auf ökonomische Effizienzgesichtspunkte (keine Mitnahmeeffekte oder Mehrfachförderungen u.dgl.) zu legen und durch Optimierungsbemühungen die Wirkungen zu verzögern und so die Wirksamkeit herabzusetzen.[8] Darüber hinaus schadet der Vorstoß in der Debatte, nicht alle Firmen – also nicht die überlebensunfähigen „Zombiefirmen" – sollten gerettet werden, dem Vertrauen in eine sich rasch und wesentlich bessernde Wirtschaftsentwicklung, das in Zeiten der Verunsicherung sehr notwendig wäre. Firmen, die im Vergleichszeitraum

---

[6] Die Sonderurlaubsregelung räumt den Arbeitnehmer_innen einen bis zu dreiwöchigen Urlaub für die Erfüllung von coronabedingt notwendigen Betreuungstätigkeiten ein; der Staat trägt ein Drittel der Kosten, aber es handelt sich um kein Anspruchsrecht der Unselbstständigen – das Unternehmen muss zustimmen (https://www.derstandard.at/story/2000119610438/corona-sonderbetreuungszeit-soll-verlaengert-werden, 27.8.2020).

[7] Nach Keynes (1937) erfolge dies in der Art wie ein Schwarm Raben, der ruhig auf einem Baum sitzt, bis ein Rabe zunehmend unruhig wird, die anderen mit der Verunsicherung ansteckt und der Schwarm plötzlich fluchtartig wegfliegt.

[8] Einzig die Verfassungskonformität muss unbedingt gewahrt werden, oder eben die Verfassung geändert werden, die ohnehin durch höher qualifizierte Abstimmungserfordernisse sowie letztlich durch die verfassungsgerichtliche Kontrolle geschützt ist. Dabei stellt sich die Frage der Rechtsgüterabwägung: entweder die individuellen Freiheiten einschränken oder diese Einschränkungen durch wesentliche Gesundheit-, Wirtschafts- und Sozialprobleme argumentativ in der öffentlichen Debatte und politisch im Parlament zu rechtfertigen.

des Vorjahrs wirtschaftlich existieren konnten, werden nun von der Krise getroffen, deren Auswirkungen der Staat möglichst zu kompensieren hätte. Die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit stellt sich nach der Krise in Normalzeiten heraus (Nowotny 2020); jede staatliche Förderung reduziert aber die Krise jetzt.

Solche wirtschaftspolitischen Fragen sind für besonders für die jeweils betroffenen Minderheiten heikel, denn es ist ja nicht so, dass der Rückgang an Einkommen von, sagen wir, zehn Prozent, und an sonstiger sozialer Wohlfahrt (Lebensumstände und -zufriedenheit) sich gleichmäßig auf die Bevölkerung verteilt; das wäre sozial ein geringeres Problem. Vielmehr schmilzt jedoch das Aggregat dadurch, dass einige extrem stark, andere aber kaum beeinträchtigt werden und wieder andere sogar durch die Krise gewinnen können, weil ihre Produktionsleistungen krisenbedingt verstärkt nachgefragt werden. Unmittelbar ist ein absolut großer, aber doch relativ kleiner Teil der Wirtschaft und Gesellschaft unmittelbar betroffen. Die Herausforderung an eine qualitativ hochstehende Demokratie ist daher wie immer, dass die mehrheitlich Entscheidenden die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die davon direkt betroffenen Minderheiten mit in ihre Entscheidungen einbeziehen. Das ist, insbesondere im speziellen Corona-Fall, nicht nur eine Frage der Fairness, sondern vor allem auch eine Frage der Vernunft: Typischerweise ist in pandemischen und wirtschaftlichen Dynamiken (bei chaostheoretischen Verbreitungen) die Gesamtheit, also auch die Abstimmungsmehrheit, mittelbar betroffen und damit potenziell und schließlich (unerwartet rasch und schwer vorhersehbar) auch akut gefährdet und kann wesentlich geschädigt werden – in gesundheitlicher, ökonomischer, sozialer und ökologischer Hinsicht (Letzteres wenn die Zielpriorität coronabedingt in den Hintergrund tritt, wie etwa sozial ausgewogener Klimaschutz[9]). Diese Herausforderungen und ihre Bewältigung sind nun, in Corona-Zeiten, in erhöhtem Maß eine öffentliche Aufgabe geworden: politisch-kulturell (*polity*), konzeptionell (*policy-making*) und umsetzungstechnisch (*politics*).

Gerade die schockartig auftretenden Probleme, welche Individuen und einzelne Institutionen (Unternehmen, private und öffentliche Körperschaften wie Vereine bzw. Gemeinden) treffen, sind keine Inseln. Die arbeitsteilige Wirtschaft mit ihrer „interindustriellen Verflechtung“ (Leistungsbeziehungen zwischen Unternehmen und somit die wechselseitigen Abhängigkeiten in einem nachfragebestimmten Wirtschaftssystem) erforschten schon Mitte des 18. Jahrhunderts Francois Quesnai und Adam Smith sowie im frühen 19. Jahrhundert David Ricardo; schließlich rückten v.a. Karl Marx in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und John Maynard Keynes in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Kreislaufbeziehungen von Einkommen, Nachfrage, Einkommen usw. in den Fokus.

Dazu kommen längst die internationalen Beziehungen. Schon im späten 19. Und beginnenden 20. Jahrhundert war die Globalisierung (waren die internationalen Wirtschaftszusammenhänge) auf einem Allzeithoch. Nach dem Zweiten Weltkrieg (durch IWF, Weltbank und GATT) und im späten 20. Jahrhundert als Folge der technischen und finanztechnischen Entwicklung sowie der wirtschaftspolitischen Liberalisierung kam es zu den jüngsten Wellen der Globalisierung (nach der schweren Zäsur durch den Ersten Weltkrieg und den nationalistischen Protektionismus der Zwischenkriegszeit) kam es wiederum zu Globalisierungsschüben. Die Übertragung von Konsumentenunsicherheit, Aktienmarktvolatilität

[9] Langfristige Problematiken wie die des Umwelt- und Klimaschutzes werden zu Unrecht oft in dem Sinn als langfristig angesehen, dass ihre erfolgreiche Lösung erst lange Zeit in der Zukunft in Angriff genommen werden könne, weil kurzfristige Probleme wegen ihrer aktuellen Brisanz herausfordernder wären. Im Gegenteil: Langfristige Probleme bedürfen zu ihrer Lösung einer langen Frist, d.h., sie sind ab heute schon in Angriff zu nehmen, um sie endlich einmal – oder gar überhaupt – lösen zu können.

und Politikunsicherheit sowie ihre Wirkung auf die Wirtschaft sind besonders auf internationaler Ebene hoch (Nowzohour/Stracca 2020). Die Argumente für eine Internationalisierung der Wirtschaft sind grundlegend und schwerwiegend, die Globalisierung als solche erfordert aber eine Gestaltung aus ökologischen und distributiven Erwägungen sowie eine Eingrenzung ihres weiteren Wachstums (Rodrik 2002). Mittlerweile ist der Bevölkerung insbesondere als Konsument_innen längst nicht mehr sehr bewusst, wie empfindlich Produktion, Einkommen und Güterversorgung hinsichtlich der internationalen Leistungsverflechtungen sind; allein die mannigfaltigen negativen Folgen des Brexit dürften weder der Politik, noch den Stimmbürger_innen und in voller Breite und Komplexität nicht einmal den Wirtschaftsforscher_innen bewusst gewesen sein.

In Anbetracht allgemeinen, aber besonders der internationalen wirtschaftlichen Interdependenzen (Globalisierung) und der gemachten Lehren (Weltwirtschaftskrise *"Great Depression"* ab 1929 bzw. Weltfinanz- und -wirtschaftskrise *"Great Recession"* ab 2007) sind Mikroprobleme (in einzelnen Unternehmen und Märkten) relativ rasch auch Makroprobleme (in weiten Regionen und der Welt, nicht nur in Sparten), v.a. ab der *Great Recession*. In dieser Lage tritt die neuartige Coronakrise ein, und das bisherige Wirtschafts- und Gesellschaftssystem (*polity*) wird in Frage gestellt.

## 4. System und Systemänderungen

Im Bereich der Wirtschaft können wir davon ausgehen, dass bestmöglich nach neuen Möglichkeiten gesucht und die – falls finanzierbar (eine Herausforderung an die und eigentlich Verpflichtung der Finanzinstitute) – auch umgesetzt werden, geht es doch um das wirtschaftliche Überleben und primär die Erhaltung der Jobs im dispositiven Bereich (Management, Eigentümerunternehmertum) und daher mittelbar, selbst wenn auch in reduziertem Ausmaß, um die Arbeitsplätze im produktiven Bereich (Angestellte auf unteren Ebenen und Arbeiter_innen). Das ist die Stärke der Marktwirtschaft mit ihrem materiellen Anreizsystem. Am Prinzip Markt als Organisationsform wird sich daher realistischer Weise im Großen und Ganzen so bald nichts (oder nichts Wesentliches) ändern. Wer kennt ein Alternativsystem auf Ebene einer offenen Volkswirtschaft (und offen sind längst alle, etwa von Nordkorea bis zu den USA) oder gar des Globus (Multilateralismus auf Basis starker, zweckmäßiger internationaler Institutionen), das erfolgversprechend, überzeugend und (was die Realisierung betrifft) chancenreich ist? Etwa eine „Schenkwirtschaft" statt der Marktwirtschaft ist, wie die (als Ideal berechtigte) Marx'sche Utopie, real-konkret kaum vorstellbar.

„Dabei genügt es nicht, als eine politische Kraft nur gegen etwas zu sein. Wie die Politikwissenschafterin Chantal Mouffe, die sich auch mit der relativen Erfolglosigkeit der Arbeitnehmer_innen_bewegung auseinandersetzt, betont, kann es nicht nur vage politische Visionen geben, sondern muss begreiflich gemacht werden, was konkret anzustreben ist, wenn eine gesellschaftliche Veränderung einigermaßen wirksam herbeigeführt werden will (Laclau/Mouffe 2001)" (Bartel 2020, 33).

Die zweite Stärke der Wirtschaft ist die Arbeitsteilung, welche eine hohe Arbeitsproduktivität und somit ein hohes Pro-Kopf-Einkommen garantiert: also auch ein hohes Gesamteinkommen, das dann durch Markt (Lohnbildung), Private (Mildtätigkeit) und Staat (soziale Anspruchsrechte) irgendwie verteilt wird und die Chance auf jeweils begründbare Umverteilung bietet. So nennt Peter Bofinger (2015, 27) ein Kapitel „Arbeitsteilung ist die Mutter unseres Wohlstands". Wie die Arbeitsteilung im Detail organisiert wird, steht auf einem anderen Blatt. Dort sehen wir aber primär die grundlegenden Vorteile

(Arbeitsproduktivität, Gesamtwohlstandswachstum: Nullwachstum wäre eine weit größere Krise als Corona) erstens der industriellen Fertigungsweise, zweitens der Globalisierung (internationale Arbeitsteilung) und drittens der Digitalisierung (Produktivität und Arbeitserleichterung). Freilich ist offensichtlich, dass dieses gegenwärtige System unter Kostenunwahrheit (Umweltverschleiß ist viel zu billig) und unter Ungerechtigkeiten (soziale Verwerfungen, nicht zuletzt auf internationaler Ebene) leidet.

Diese Wirtschaftsformen sind immerhin derart umfassend, interdependent (verwoben und zwischenabhängig) und komplex geworden, wie die Fragmentierung der Produktion und die Länge und geografische Verbreitung der Lieferketten zeigen, dass eine radikale Systemänderung (i.S.v. grundlegendem Ersatz des bisherigen, lange entwickelten und fest institutionalisierten Systems) unmöglich erscheint. Zudem ist eine Internationalisierung und somit auch internationale Fragmentierung der Produktion ein Mittel zur Risikostreuung und -minderung. Selbst in Krisen wie Corona sind die Krisenhöhepunkte geografisch und zeitlich gestreut, so dass die Nachfrage nach krisenbedingt knappen Gütern durch internationalen Handel besser befriedigt werden kann; geliefert wird freilich tendenziell dorthin, wo die höchsten Preise und Gewinne erzielt werden können – falls die nötigen Handelbeziehungen bestehen oder rasch geschaffen werden können. Ist das nicht der Fall, können künftig in sensiblem Bereichen (Masken- und Impfstoffproduktion, Gesundheitsleistungskapazitäten) Überkapazitäten erhalten oder geschaffen werden und trotz des Arguments der Ineffizienz (etwa zu viele Spitäler und Spitalsbetten) akzeptiert werden (Goldberg 2020).

Das ist, zusammen mit obigen Argumenten, eine Absage an bedingungslose Renationalisierung der Produktionen; außerdem zeigt uns das Beispiel des Protektionismus in den 1930ern, dass mit der Einschränkung des Welthandels (Beschaffungs-, Produktions- und Absatzmöglichkeiten) auch das Welteinkommen leidet und erstens den Weg in eine Weltwirtschaftskrise (*Great Depression*) auch aus dieser Richtung her ebnet (Milanovic 2017) und zweitens nicht alleinentscheidend zur Umweltverbesserung beitragen könnte (Watt 2018). Das Grundprinzip der Arbeitsteilung und ihrer Internationalität sollte daher nicht vorschnell abgelehnt werden. In diesem Rahmen versuchen aus Eigeninteresse Unternehmen (Bestandssicherung) und Politik (Wiederwahlbestreben) das für sie Beste, und die Wissenschaft soll ihre Beratungsfunktion noch ernster nehmen, wobei freilich für alle gilt: mit unterschiedlichem Erfolg, je nachdem, wie groß die jeweilige Problematik und zunächst einmal die kurzfristigen Möglichkeiten sind. Daher fragt es sich, wie das etablierte Wirtschaftssystem schrittweise und in Teilbereichen mosaikartig geändert werden soll, und wie die Pandemie, die dieses System belastet, durch Änderung der individuellen Verhaltensweisen – freiwillig und/oder erzwungen reduziert werden kann (bei Letzterem wird ein bisheriges Forschungsdefizit schlagend, zumal Europa und die USA seit langem nicht mehr von Pandemien betroffen waren).

Damit sind wir wieder zurück bei „alten Themen“, welche die Kritiker_innen einer liberalen Marktwirtschaft (m.E. überwiegend zurecht) vorbringen: Kritik an restriktiver Geld- und Fiskalpolitik (Monetarismus und Staatsschuldenabbaubestrebungen), an Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen und Sozialabbau (seit den 1980ern), an wenig geregelter forcierter Globalisierung (seit den 1990ern; GATS, WTO, „Globalisierung braucht Gestaltung“) und an dem Wildwuchs des Finanzmarktes (Derivative, Neue Finanzarchitektur, Spekulation, Regulierungsdefizite und -mängel).

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 bzw. 2008 sind die Zentralbanken nach US-Vorbild (pragmatische Fed) zu einer ultralockeren Geldmengen- und Zinssatz-Politik (UGP) übergegangen und haben damit die monetaristisch begründeten Ängste vor hoher Inflation und Hyperinflation infolge einer

betont expansiven Geldpolitik übergangen. Inzwischen ist der direkte Zusammenhang zwischen Geldmengenwachstum und Inflation kein dominantes Credo mehr. Und wieder war es die Fed (US Federal Reserve System), die kürzlich mit ihrem Übergang zum *Average Inflation Targeting* (AIT) die Inflationsbekämpfung durch höhere Zinsen und verringerte Zentralbankgeldmenge (was schädlich für die Realwirtschaft ist) entschärft hat, indem die Ziel-Inflationsrate nicht die aktuelle oder gar erwartete ist, sondern ein gleitender Durchschnitt (ein aktueller Inflationsanstieg über die mittelfristige Zielmarke verschärft die Inflationsbekämpfung nur schwächer). Doch ungeregelt geblieben ist die Verwendung der zusätzlich von den Zentralbanken bereitgestellte Liquidität (Zentralbankgeldmenge plus die vom Bankensystem daraus geschöpft Kreditgeldmenge), obwohl zu bemerken ist, dass infolge der UGP Inflation im Bereich der Wertpapiere eintritt (*asset-price inflation*). Durch billige Kreditfinanzierung von spekulativen Finanzinvestitionen (Hochhebeln der Eigenkapitalrendite, siehe Bofinger 2015, 375 ff.) kommt es zur Blasenbildung bei den Wertpapierkursen und einer steigenden Gefahr des Platzens dieser Blasen mit schädigenden Effekten auf die reale Wirtschaft (Produktion, Beschäftigung, Einkommen). Die zusätzliche Liquidität soll durch Vergabe von mehr Bankkrediten den Produktionsunternehmen und Privathaushalten zugutekommen. Solange v.a. keine Regulierung eingeführt wird, dass zu begrenzen, zu dokumentieren und zu überprüfen sei, dass die zusätzliche Liquidität für realwirtschaftliche Zwecke (Produktion, Investition) verwendet wird, können auch vorgeschriebene Mindestwerte für Eigenkapitalquoten (sie begrenzen das Hochhebeln) und Stresstests für die Banken die Finanzmarktentwicklung nicht wesentlich sicherer machen. Ebenso warten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (in der Art einer Tobin-Steuer) und Möglichkeiten zur Steuerung der Kapitalimporte und -exporte eines Landes – beides zur Beruhigung der Finanzmarktentwicklung) auf eine breite internationale Einführung.

Die USA, die in programmatischen Reden radikal marktliberal sind, aber in Krisen wirtschaftspolitisch sehr pragmatisch und interventionistisch werden, waren es auch Anfangs 2009 auf dem Weltwirtschaftsgipfel, wo Präsident Obama seine Kolleg_innen darauf einschwor, koordiniert expansive Fiskalpolitik (betontes *deficit spending*) zu betreiben und das permanente Schielen auf Defizit- und Staatsschuldenquoten in Krisen zu unterlassen.[10] Der Fehler war nur, dass unter dem Eindruck von Warnungen der Rating-Agenturen und Spekulation gegen Staatsanleihen zu bald wieder der expansive Fiskalkurs aufgegeben und Budgetkonsolidierung konzertiert begonnen wurde. Ein sich besserndes Wirtschaftswachstum und (wenn auch abgeschwächt) Beschäftigungsbild verleitet zu vorzeitiger Kursänderung in der Fiskalpolitik, obwohl längst mehrfach empirisch belegt ist, dass die Beeinträchtigungen der Wirtschaft durch die Krise länger andauern als die Krise, wenn diese aufgrund verbesserter Wachstumsdaten vorschnell als beendet erklärt wird. Das galt für die *Great Depression* wie für die *Great Recession* und soll nicht für die Corona-Krise und künftige andere Krisen gelten. Diesen Fehler auszumerzen, kann künftig unnötige Einkommens- und Beschäftigungseinbußen verhindern. Budgetkonsolidierung kann durch eine starke Wirtschaftsentwicklung und ein aufkommenselastisches (ergiebiges) Steuersystem geschehen (z.B. in der Clinton-Ära).

Nun zeigt sich in der überraschenden und schweren Corona-Krise, dass selbst unter dem vorherrschenden Konservatismus (konsolidierte Staatsfinanzen, Sparen und private Vermögensbildung) und Libera-

[10] Selbst der liberale Klassiker Adam Smith und der doch eher wirtschaftsliberale John Maynard Keynes waren als Befürworter der Marktwirtschaft hinreichend pragmatisch, für Krisenzeiten dem Staatsinterventionismus in die Wirtschaft das Wort zu reden, ganz einfach, um die Akzeptanz und somit das Überleben der Marktwirtschaft zu sichern.

lismus (Effizienz- und Wettbewerbsprimat dominierten das Soziale) vieler Regierungen, des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission die fiskalischen Krisenpakete auf nationaler und supranationaler Ebene quantitativ sehr engagiert ausfallen und die Zielkriterien des Stabilitätspakts vorerst ausgeblendet sowie die strengen Beihilferegeln für die Subventionspolitiken der Mitgliedstaaten entschärft angewandt werden. Das scheint nun die Stunde der *Modern Monetary Theory* (MMT) zu sein. Man muss (wie ich) der MMT nicht überzeugt folgen, aber sie trägt zur Debatte bei und zielt darauf ab, die EU-Normen für die Fiskalpolitik in Zweifel zu ziehen (Behringer u.a. 2020). Dennoch kann man mit der Fiskalpolitik insofern nicht zufrieden sein, als Verzögerungen der geplanten öffentlichen Krisenausgaben deutlich verzögert erfolgen und Banken die vom Staat verbürgten Kredite nicht oder nur erschwert vergeben, weil sie die staatliche Garantie nicht in ihr Risikokalkül einbeziehen, obwohl der Staat die Kredite sicherer macht. So greifen dadurch Verunsicherung, Angst, Ruin und letztlich Krisenverschärfung Platz. Dass ein umfassendes und entschlossenes Eingreifen auch innert weniger Monate möglich ist, zeigte Präsident Roosevelt in der *Great Depression* vor. Ein Schielen darauf, dass vielleicht (warum?) gespart werden kann, indem nicht alles Budget ausgeschöpft wird und dadurch bestimmte Gruppen benachteiligt werden, aber die Regierung in fiskalischer Hinsicht besser dasteht, ist gefährlich. Die staatlichen Finanzen sind kein Ziel an sich, sondern ein Instrument für die Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele (Bartel 2008). Solange diese Auffassung sich nicht fest etabliert hat, dürfte wieder ein verfrühtes staatliches Sparen einsetzen, das vermutlich zu Lasten der weniger gut organisierten, wirtschaftlich, sozial und politisch (als Wählerstimmenpotenzial) schwächeren Gruppen gehen wird.

Immerhin haben wird den, wenn auch partiellen und zaghaften Beginn einer Art *„Helicopter Money“* in der Krise (Geld wird krisenbedingt an alle oder viele verteilt), indem erstmals auch Privathaushalte durch staatliche Transferzahlungen unterstützt werden (neue Maßnahmen). Das scheint die Stunde eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) zu sein. Breite Unterstützung der Unternehmen und Haushalte zur (wenn auch nur teilweisen) Kompensation wegbrechender Einkommen, ist ein Gebot der Stunde in der schwersten Krise in der Zweiten Republik. Andererseits, auf längere Sicht betrachtet, halst man sich mit dem BGE ein Finanzierungsproblem ein, das noch der Lösung harrt, und begibt sich – ebenfalls aus Gründen der Budgetknappheit – breiter Möglichkeiten zu gezielter sozialer Steuerung (Kinder, Wohnen etc.). Soll das Problem der Budgetknappheit gelöst werden, muss vor dem BGE oder gleichzeitig eine Steuerreform verwirklicht werden, die das für ein BGE erforderliche Steueraufkommen sehr wahrscheinlich macht. Verhaltensreaktionen der Individuen auf ein BGE und Reaktionen der Steuerbasis und des Steueraufkommens infolge eines BGE sind noch nicht eingehend erforscht. Zudem dürften Steuerreformen nur dann leicht durchsetzbar sein, wenn es nicht um Steuererhöhungen oder Steuerstrukturänderungen geht. Hier erscheint zumindest eine gewisse Zielgerichtetheit der Sozialmaßnahmen selbst in der Krise angezeigt. Wer materiell von der Krise nicht beeinträchtigt ist, mag das zusätzliche Transfereinkommen eher in Ersparnis oder Kredittilgung als in Konsum und Investition lenken. Aus dieser Sicht wirkt eine großzügige Ausgestaltung des Kurzarbeitsgeldes und eine merkliche Erhöhung von Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe effektiver. Soziale Lücken, die teils auch noch bei der Mindestsicherung bestehen, gehören zweifelsfrei geschlossen (aber das geht auch anders als durch das BGE).

Virusausbreitung und Wirtschaftskrise sind sehr dynamische Phänomene. Wollen wir den Druck des Zielkonflikts zwischen niedrigerer Mortalität und niedrigerer Krisenbelastung einerseits und hoher persönlicher Freiheit und höherem Leid (gesundheitlich, wirtschaftlich, sozial) entschärfen – er wird wohl

nie ganz wegzubringen sein –, so sind die Normen und das Verhalten der Individuen im sozialen Kontext zu ändern. Den Menschen ist faktenbasiert und allgemeinverständlich zu kommunizieren, was die Risiken und Bedrohungen sind und wie groß der individuelle Schaden und die soziale Problematik (Durchseuchung. Wirtschafts- und Sozialprobleme) sein können. Die sozialen (i.S.v. gesellschaftlichen) Kosten der Arbeitslosigkeit, also die Nachteile, die auch die noch nicht und selbst die gar nicht von Arbeitslosigkeit Betroffenen haben[11], müssen begreifbar und in diesem Sinn fühlbar gemacht werden.

*„Pleasure and pain"* wurden von den klassischen liberalen Ökonomen als Leiter menschlichen Verhaltens angesehen. In der Corona-Krise dürfte der Schmerz ein Lehrmeister sein und die Unbequemlichkeit und Erwartungsunsicherheit einer System- und Verhaltensänderung überwinden helfen. Doch ist die Durchseuchungsrate bislang erfreulicherweise so gering, dass die Betroffenen und ihr davon mittelbar beeinträchtigtes Umfeld die kritische Masse eines allgemeinen Verhaltensumschwungs nicht erreichen können dürften. Darüber hinaus können wir auf die menschliche Einsicht und Lernfähigkeit bauen, wie sie schon von Adam Smith und – auf dessen Grundlage 200 Jahre später – von Amartia Sen analysiert wurde (Bréban/ Gilardone 2020). Das Schlüsselwort, das daraus hervorgeht, dürfte mentale Offenheit heißen: individuell, gesellschaftlich, politisch. Smith und Sen geht es beiden um soziale Gerechtigkeit. Immerhin zeigen Wirtschaftsgeschichte und -analyse, dass es sich bei den Problemen (so auch bei Corona) letztlich stets um Verteilungsprobleme handelt, die nur auf der Basis von Gerechtigkeits- oder Fairnesskonzepten produktiv behandelt werden können. Rawls's Konzept des „Urzustands", wo niemand weiß, in welche soziale Position er oder sie kommen wird, wird meist als realitätsfern angesehen, ist jedoch in den neuen Zeiten von Corona näher an die Wirklichkeit gerückt. Wer weiß, wie es weitergeht und wie er oder sie konkret betroffen sein werden? Eben viele nicht. Doch auch das mag noch kein Impuls für eine ausreichende Verhaltensänderung sein. Es wird zentral darum gehen müssen, wie wir mit Wertungs- und Meinungsverschiedenheiten grundsätzlich umgehen (Bartel 2020), etwa Gegner_innen und Befürworter_innen einer ehrgeizigen Infektionsvermeidungspolitik. Offenheit ist ebenso angesagt wie die Mission, gemeinschaftlich gute Ergebnisse im Gesamtinteresse zu erzielen; der Problemdruck muss dazu groß genug sein. Und das wird ohne mehr Staat und Staatseinfluss (auch Zwang) – eine neue Staatlichkeit in den öffentlichen Angelegenheiten – nicht gehen.

Wirksame Pandemiebekämpfung ist ein „öffentliches Gut". Niemand kann allein dieses Gut realisieren, aber ein öffentliches Gut bietet den Anreiz zum „Schwarzfahren". Wenn es sehr wenige Schwarzfahrer_innen gibt, die sich eben nicht an die Verhaltensvorsichtsregeln halten, die das öffentliche Gut zuwege bringen sollen, so kann die Produktion erfolgreich sein. Doch im Fall einer Pandemie können auch wenige Schwarzfahrer_innen eine Dynamik auslösen, v.a., wenn zwei oder mehrere Cluster zusammentreffen, verbunden werden und die Zahl der Infizierten dynamisch zunimmt (wie die Zinsen bei einer Zinseszinsrechnung).

Es fällt auf, dass Signale, die darauf hindeuten, dass die Infektionsgefahr weniger gefährlich geworden ist oder staatliche Zwangsmaßnahmen gelockert worden sind (das Virus aber nach wie vor vorhanden ist und meist unerkannt lauert), dazu führen, dass das Verhalten wesentlich weniger vorsichtig wird. Das ist auch ökonomisch rational zu erklären. Vorausgesetzt, die Menschen sind subjektiv überzeugt, dass die individuelle Wahrscheinlichkeit gering ist, sich anzustecken, wenn *Social Distancing* wieder vernachlässigt wird, dann kann der Nachteil – eben der Gesundheits- und Verdienstschaden multipliziert mit einer geringen Wahrscheinlichkeit – geringer werden, als der Nachteil unbequemer Verhaltenseinschränkungen, der mit Sicherheit eintritt (ähnlich dem Paradox von Anthony Downs aus 1958,

[11] Das sind etwa Staatseinnahmenrückgänge, öffentliche Ausgabensteigerungen (Soziales, Gesundheit, Reintegration, Sicherheit), verlangsamter Produktivitätsfortschritt, Mitleid, Angst um eigenen Arbeitsplatz, Einbußen an Lohnhöhe oder -zuwachs, erhöhte Kriminalität, Populismus und politische Radikalität.

dass ökonomisch rationale Wähler_innen sich politisch nicht seriös informieren und nicht zur Wahl gehen).

## 5. Fazit: *res publica* Marke Wohlfahrtsstaat mit effektiver Pandemiebekämpfung?

Radikale Systemreform (quasi eine Revolution der Verhältnisse) ist weder angezeigt noch realistisch. Längst vonnöten ist allerdings eine populäre, i.S.v. für das Volk statt für begünstigte Gruppen konzipierte Wirtschafts- und Sozialpolitik – zusammen: Wohlfahrtspolitik – und ein sozialer Konsens darüber (Bartel 2020). Die einschlägigen Versäumnisse der vergangenen 30, 40 Jahre sind längst nachzuholen. Die Corona-Krise ist, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise der 2000er-Jahre, eine seltene Chance dazu. Allerdings dürfte die Qualität unserer Demokratie nicht so stark sein, dass eine sich abzeichnende Zwei-Drittel-Gesellschaft zu vermeiden ist. Die Politik (Kultur und Realisierung) wird sich nicht wesentlich ändern und wird in die alten Fehler zurückfallen (zu laxe und kurze Krisenpolitik, zu frühe und krisenträchtige Budgetkonsolidierung, zu disparate Chancen und Verteilungsverhältnisse) und so dem Populismus nichts Entscheidendes entgegenzusetzen haben. Vielleicht braucht es zur wesentlichen Systemreformen eine noch schwerere Krise, von der eine Mehrheit der Bevölkerung unmittelbar betroffen ist.

Der öffentliche-Gut-Charakter wirksamer Pandemiebekämpfung in Zusammenwirken mit der Dynamik der gesundheitlichen und zugleich wirtschaftlichen Krisenentwicklung wird das Ende der Pandemie von der Verfügbarkeit und der Akzeptanz einer Impfung abhängig machen. Die Krisenpolitik wird (unbeschadet eines späteren Impfschutzes) lernen müssen, sich zu bemühen, klare, eindeutige, faktenbasierte, verständliche und v.a. glaubhafte Informationen zu geben, nicht zu früh und leichtfertig zu entwarnen, sondern Verhaltensempfehlungen auszusprechen und -anordnungen zu treffen sowie Letztere auch mit Sanktionen zu verknüpfen. Corona stärkt den Populismus und erschwert den ohnehin schon schweren politischen Kampf dagegen, denn der Populismus nützt die Abneigung gegen Verhaltensvorschriften und schürt den Zorn gegen die vermeintliche/vorgebliche Unterdrückung durch das Establishment, durch die da oben, die es sich angeblich immer richten und uns zu systematischen Verlierer_innen machen. Quarantäne, Ausgangsbeschränkungen, Maskenpflicht und Versammlungseinschränkungen haben allgemein eine deutliche Wirkung, wenn auch abhängig von den regionalen Gegebenheiten und dem Zeitpunkt ihrer Inkraftsetzung (Dave u.a. 2020). An solchen Forschungsergebnissen können wir laufend und zunehmend lernen.

Ich hoffe, ich liege falsch.

## 6. Literatur

Akerlof, George A. / Shiller, Robert J. (2009): *Animal Spirits. How Human Psychology Drives the Economy, and Why It Matters for Global Capitalism*. Princeton University Press. Introduction, http://press.princeton.edu/chapters/i8967.pdf (30.9.2020)

AMS (2020): *Arbeitslosenquoten*. Arbeitsmarktservice Österreich (30.6.2020). https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/fachbegriffe#arbeitslosenquoten (17.8.2020)

Bartel, Rainer (2008): Öffentliche Finanzen – wieder einmal anders betrachtet. In: *WISO 35*, 2, 143-182, https://www.isw-linz.at/fileadmin/user_upload/LF-Bartel_02_08.pdf (30.9.2020)

Bartel, Rainer (2020): Individualismus und Solidarisierung aus ökonomischer Perspektive. In: *WISO 43*, 1, 9-43, https://www.isw-linz.at/fileadmin/user_upload/WISO_12020_HP_Bartel.pdf (30.9.2020)

Behringer, Jan / Gechert, Sebastian / Priewe, Jan / Niechoj, Torsten / Watt, Andrew (2020): Editorial to the special issue. In: *European Journal of Economics and Economic Policy 17*, 2, 127-128, https://www.elgaronline.com/view/journals/ejeep/17-2/ejeep.2020.02.02.xml (30.9.2020)

Bofinger, Peter (2015): *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten*. 4. Auflage, Pearson Deutschland, Hallbergmoos

Dave, Dhaval / Friedson, Andrew I. / Matsizawa, Kyutaro (2020): When Do Shelter-in-Place Orders Fight COVID-19 Best? Policy Heterogenity across States and Adoption Time. In: Economic Inquiry, early view, 3. August, https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/ecin.12944?campaign=wolearlyview (30.9.2020)

Eichstädt, Tilman (2020): Die Corona-Krise ist auch eine Daten-Krise. In: *Makronom*, 11.5., https://makronom.de/die-corona-krise-ist-auch-eine-daten-krise-35854?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=die-corona-krise-ist-auch-eine-daten-krise (12.8.2020)

Eisenberg, Merle (2020): Dangerous Comparisons – Historical Pandemics and COVID-19. In: *13 Perspectives on the pandemic. Thinking in a state of exception. A De Gruyter Humanities Pamphlet*, pp. 12-15, https://www.degruyter.com/staticfiles/craft/media/doc/DG_13perspectives_humanities.pdf?utm_source=dg_newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=CROSS_Corona%20talks_Academics_WW&utm_term=JK&utm_content=read_product_cluster (12.8.2020)

Erhard, Ludwig (1957): *Wohlstand für alle*. 8. autorisierte Auflage, 1964, Düsseldorf – Wien: Econ Verlag

Hua, Xingjie / Cheng, Shanshan / Wu, Degang / Wu, Tangchun / Lin, Xihong / Wang, Chaolong (2020): Reconstruction of the full transmission dynamics of COVID-19 in Wuhan. In: *Nature*, accelerated article preview, 16 July, https://www.nature.com/articles/s41586-020-2554-8_reference.pdf (12.8.2020)

Huang, Shan (2020): Corona-Tests sind zu selektiv, um auf tatsächliche Infektionszahlen zu schließen. In: *DIW aktuell*, 33, 16.7., https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.760909.de/diw_aktuell_33.pdf (12.8.2020)

Goldberg, Pinelopi Koujianou (2020): Ein Hoch auf den Welthandel. In: *IPG – Internationale Politik und Gesellschaft*. 19. Mai, https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/ein-hoch-auf-den-welthandel-4358/ (30.9.2020)

Keynes, John Maynard (1937/1973): The General Theory of Employment. In: *The Quarterly Journal of Economics*, February, re-published in: Moggridge, Donald (ed.): *The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Vol. 14, Macmillan, London, 109-123

Mackie, David (2020): Assessing the efficacy of COVID-19 tracing regimes. In: *SUERF (Société Universitaire Européenne de Recherches Financières), Policy Brief*, 16.6., https://www.suerf.org/suer-policy-brief/14795/assessing-the-efficacy-of-covid-19-tracing-regimes (12.8.2020)

Milanovic, Branko (2017): Die Degrowth-Illusion. In: *Makronom*, 20. November, https://makronom.de/die-degrowth-illusion-24137 (30.9.2020)

Nowotny, Ewald (2020): Der ökonomische Irrweg der Zombie-Jäger. In: derStandard.at, 26. September, https://www.derstandard.at/story/2000120272599/der-oekonomische-irrweg-der-zombie-jaeger?fbclid=IwAR0d_0JIJThszIxipDqDh_UMrvGZZ5DvebN7_d5cUFytxo-BmmvhKNbq4-8 (28.9.2020)

Nowzohour, Laura / Stracca Livio (2020): More than a Feeling: Confidence, Uncertainty, and Macroeconomic Fluctuations, In: *Journal of Economic Surveys 34,* 4, https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/joes.12354?campaign=woletoc (30.9.2020)

OeNB (2020): *Vertrauensindikatoren zur wirtschaftlichen Einschätzung*. Oesterreichische Nationalbank. https://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen/Realwirtschaftliche-Indikatoren/Konjunkturindikatoren/Vertrauensindikatoren-zur-wirtschaftlichen-Einsch-tzung.html (17.8.2020).

Our World in Data (2020): *How experts use data to identify emerging COVID-19 success stories*. https://mailchi.mp/ourworldindata/exemplars-covid?e=95a51103b1 (12.8.2020)

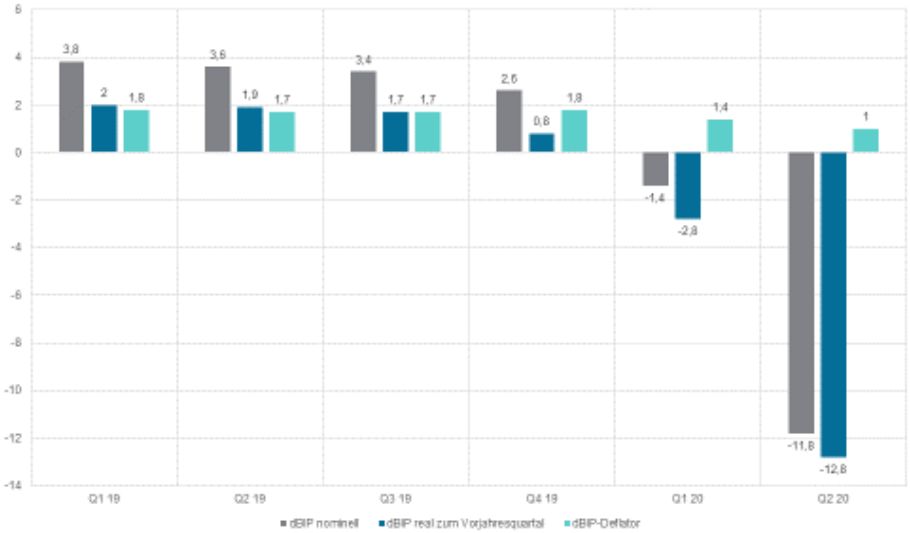
Turrini, Alex / Cristofoli, Daniela /Valotti, Giovanni (2020): Sense or Sensibility? Different Approaches to Cope With the COVID-19 Pandemic. In: *The American Review of Public Administration*, 22.7., https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0275074020942427 (12.8.2020)

Watt, Andrew (2018): Nullwachstum wird unseren Planeten nicht retten. In: *Makronom*, 1. Oktober, https://makronom.de/nullwachstum-wird-unseren-planeten-nicht-retten-28039 (30.9.2020)

Zimmermann, Klaus F. / Karabulut, Gokhan / Bilgin, Mehmet Huseyin / Doker, Asli Cansin (2020): Inter-country distancing, globalization and the coronavirus pandemic. In: *The World Economy 43*, 6, 1484-1498, https://onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1111/twec.12969 (12.8.2020)

## 7. Grafikanhang

Abbildung 1: Jährliche Veränderungsraten des nominellen BIP und realen BIP (saisonbereinigt) und des BIP-Deflators annähernd), in Prozent (Q: oenb.at, 31.7.2020)

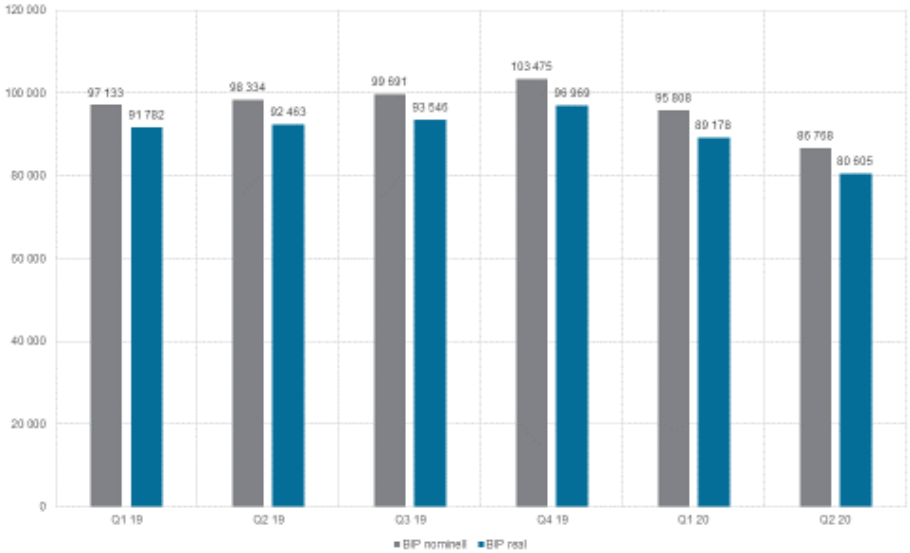



JKU

Stand: 21. August 2020

2

Abbildung 2: BIP nominell und real, in Mio. Euro (Q: oenb.at, 30.7.2020)

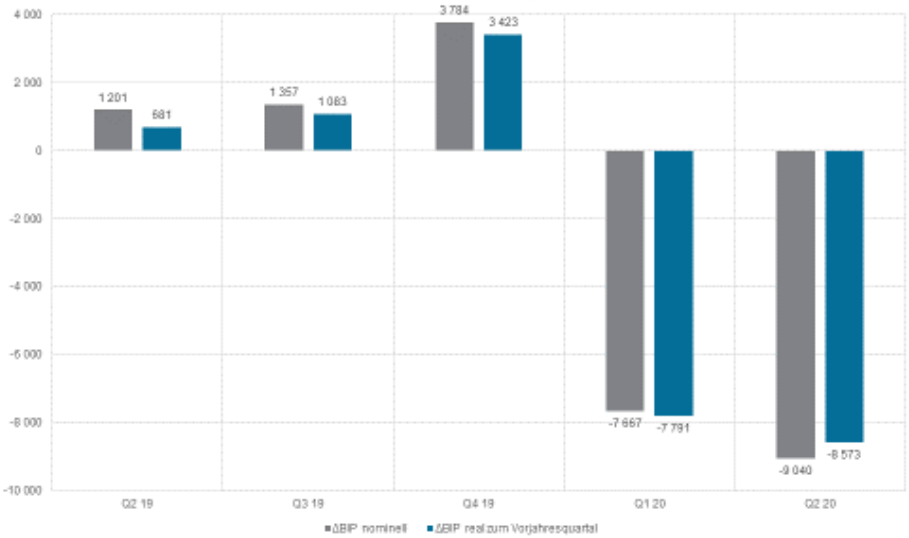



JKU

Stand: 21. August 2020

3

Abbildung 3: Jährliche Veränderung des nominellen und des realen BIP, in Mio. Euro (Q: oenb.at, 30.7.2020)

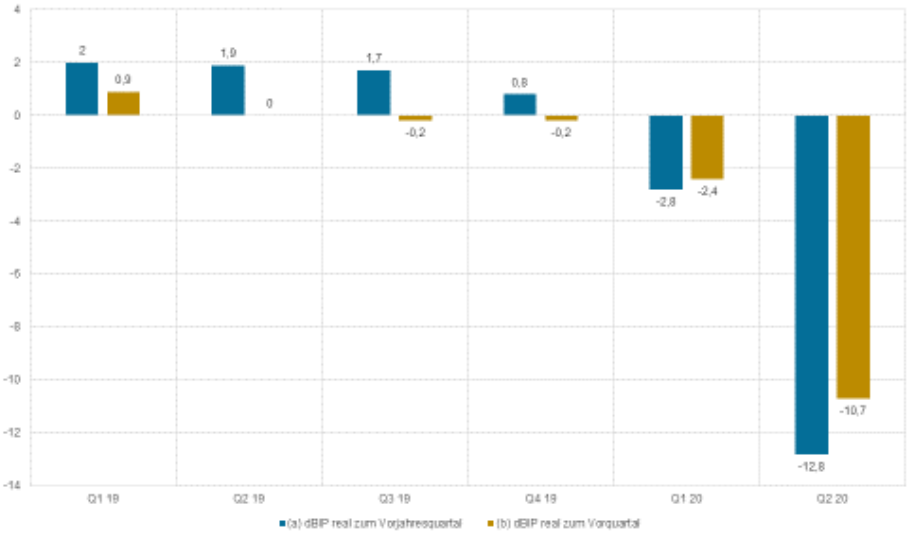



JKU

Stand: 21. August 2020

4

Abbildung 4: Veränderungsraten des realen BIP (saisonbereinigt) (a) zum Vorjahresquartal und (b) zum Vorquartal, in Prozent (Q: oenb.at. 30.7.2020)

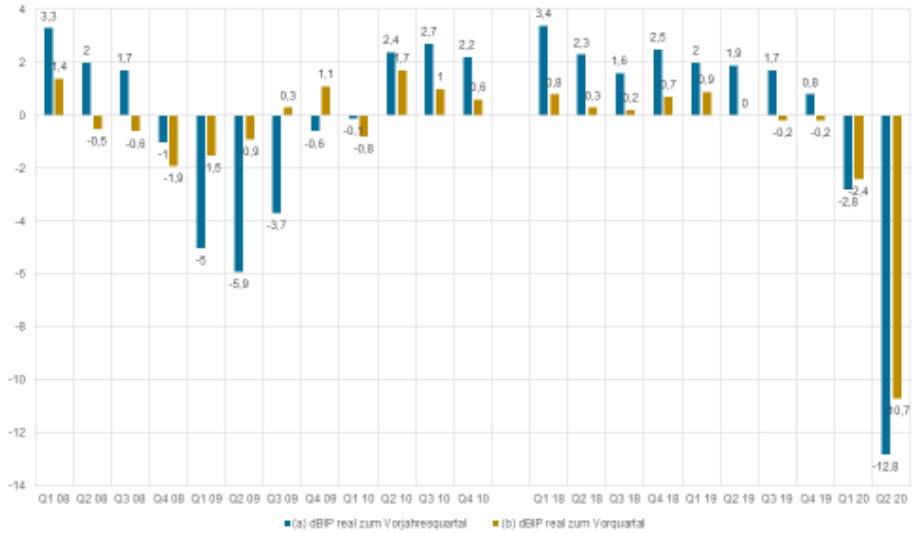



JKU

Stand: 21. August 2020

5

Abbildung 5: Veränderungsraten des realen BIP (saisonbereinigt) (a) zum Vorjahresquartal und (b) zum Vorquartal im historischen Vergleich, in Prozent (Q: oenb.at, 30.7.2020)

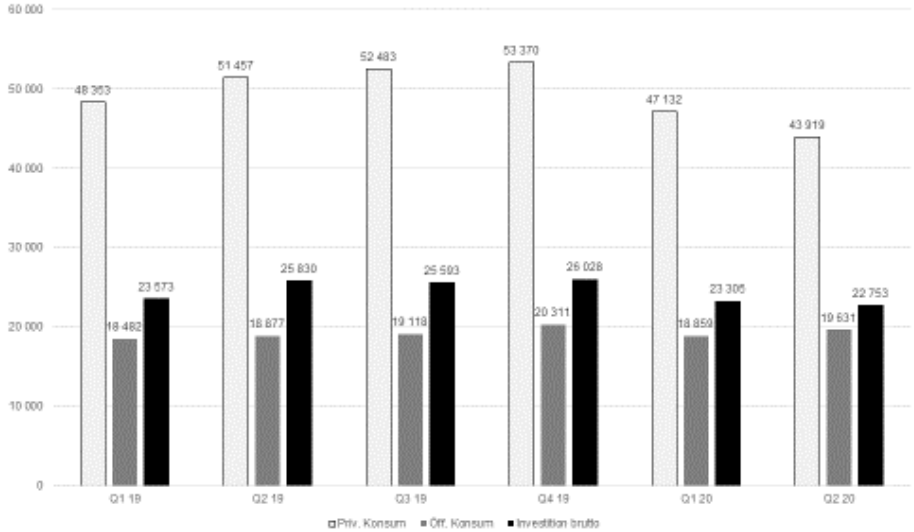



JKU

Stand: 21. August 2020

6

Abbildung 6: Die verwendungsseitigen, heimischen Komponenten (d.h. ohne Ex- und Import) des nominellen BIP (Q: oenb.at, 31.7.2020)

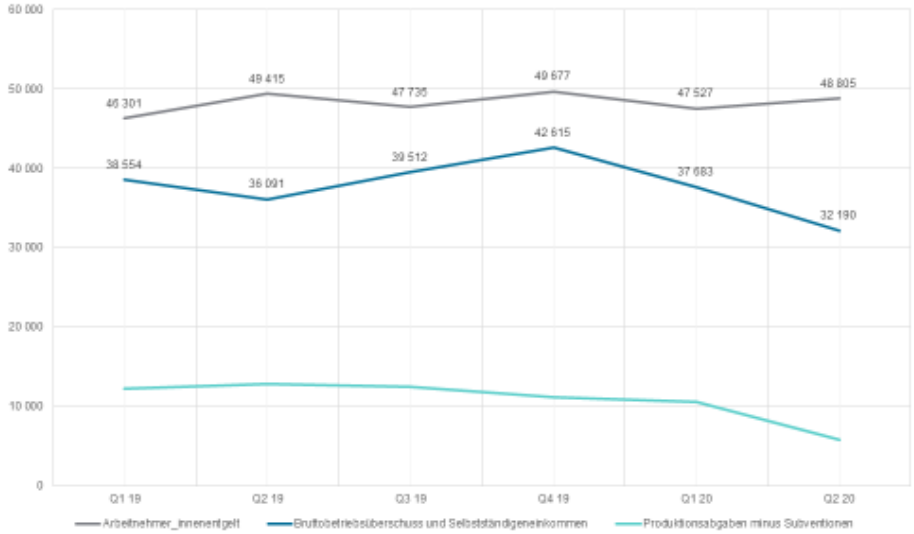



JKU

Stand: 21. August 2020

7

Abbildung 7: Verwendungsseitige Komponenten des nominellen BIP, in Mio. Euro
(Q: oenb.at, 31.7.2020)

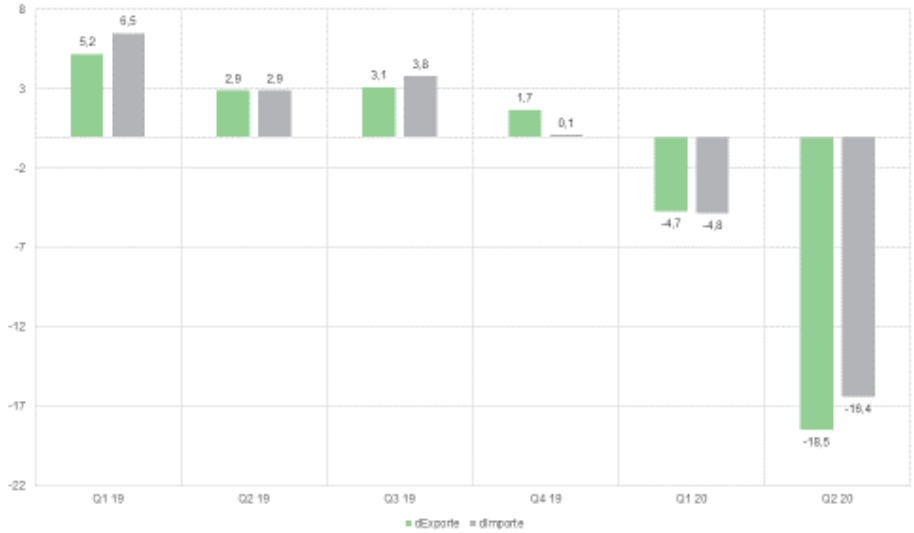



JKU

Stand: 21. August 2020

8

Abbildung 8: Jährliche Veränderungsraten der nominellen Exporte und Importe, in Prozent
(Q: oenb.at, 31.7.2020)

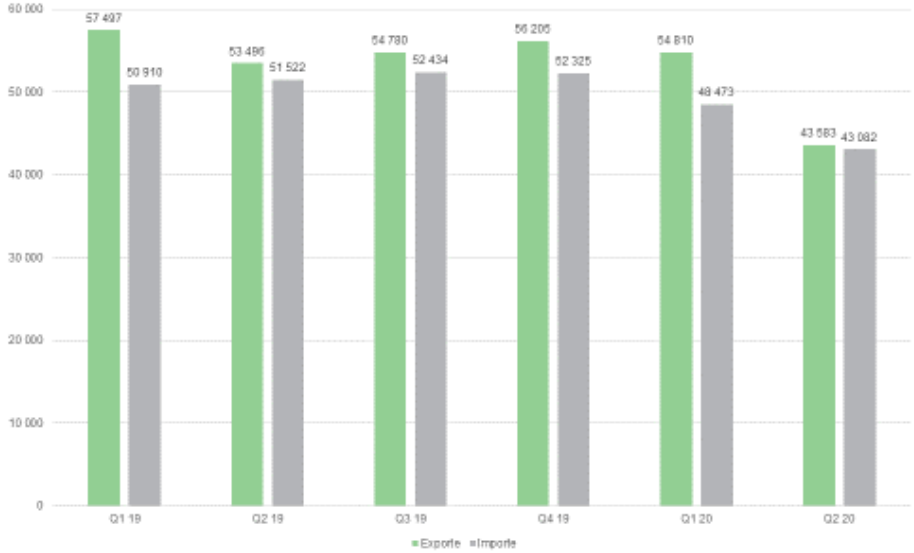



JKU

Stand: 21. August 2020

9

Abbildung 9: Nominelle Exporte und Importe, in Mio. Euro (Q: oenb.at, 31.7.2020)

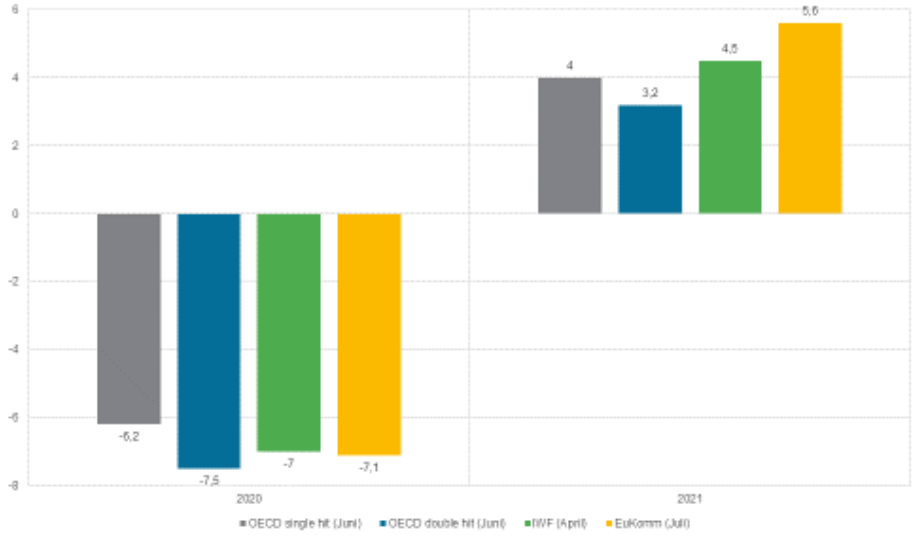



JKU

Stand: 21. August 2020

10

Abbildung 10: Prognosen internationaler Institutionen über die jährlichen Veränderungsraten des realen BIP, in Prozent (Q: oenb.at, 3.8.2020)

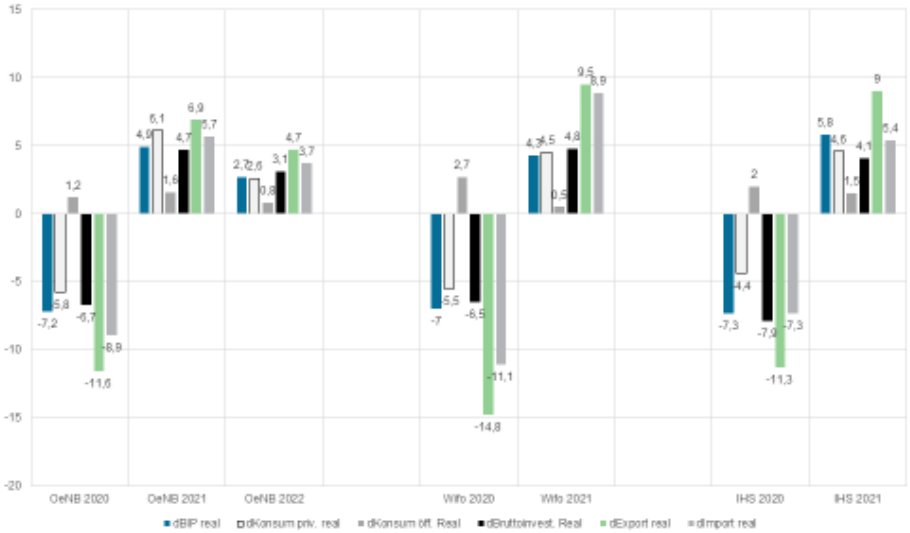



JKU

Stand: 21. August 2020

11

Abbildung 11: Prognosen der heimischen Prognoseinstitute vom Juni 2020: jährliche Veränderungsraten des BIP und seiner Verwendung, jeweils real, in Prozent (Q: 26.6.2020)

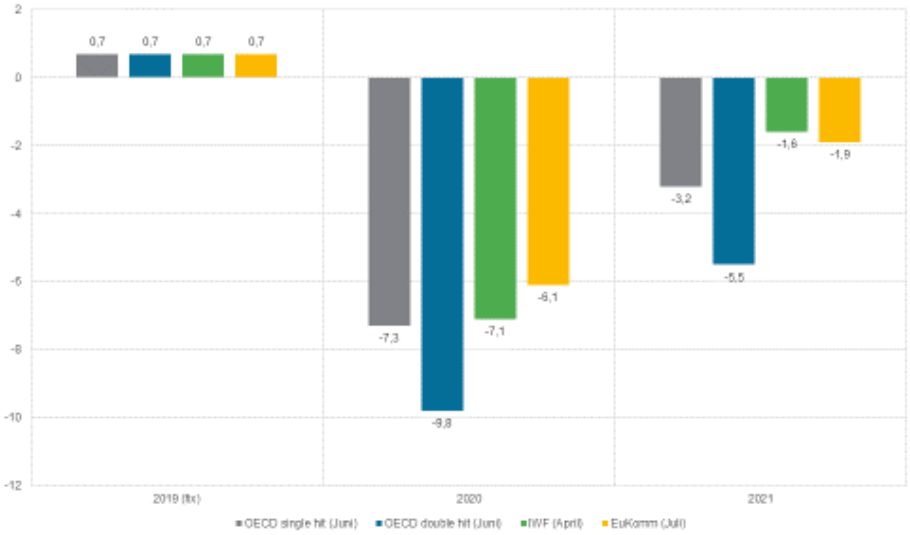



JKU

Stand: 21. August 2020

12

Abbildung 12: Prognosen ausländischer Institutionen über die Budgetsaldenquote (Finanzierungssaldo des Gesamtstaats), in Prozent des BIP (Q: oenb.at, 3.8.2020)

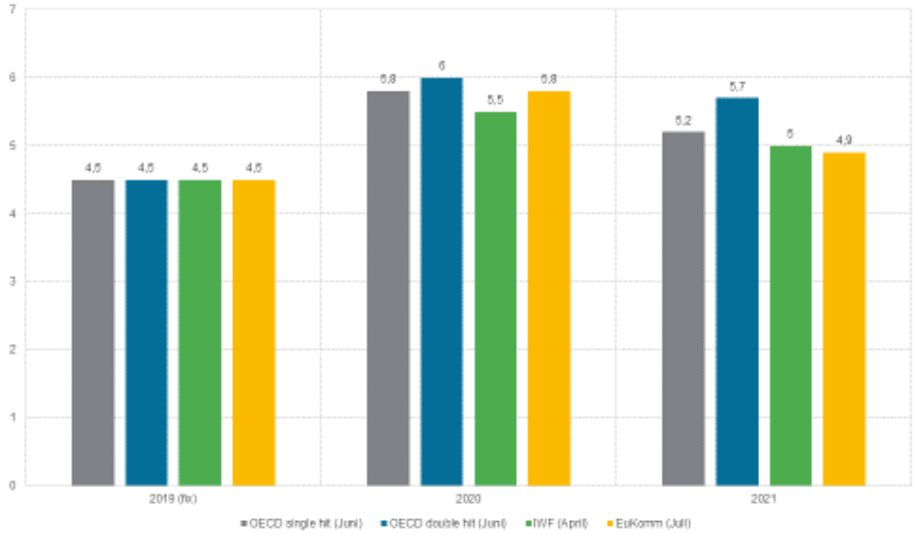



JKU

Stand: 21. August 2020

13

Abbildung 13: Prognosen internationaler Institutionen über die Arbeitslosenquote gemäß ILO-Definition (Q: oenb.at, 3.8.2020)

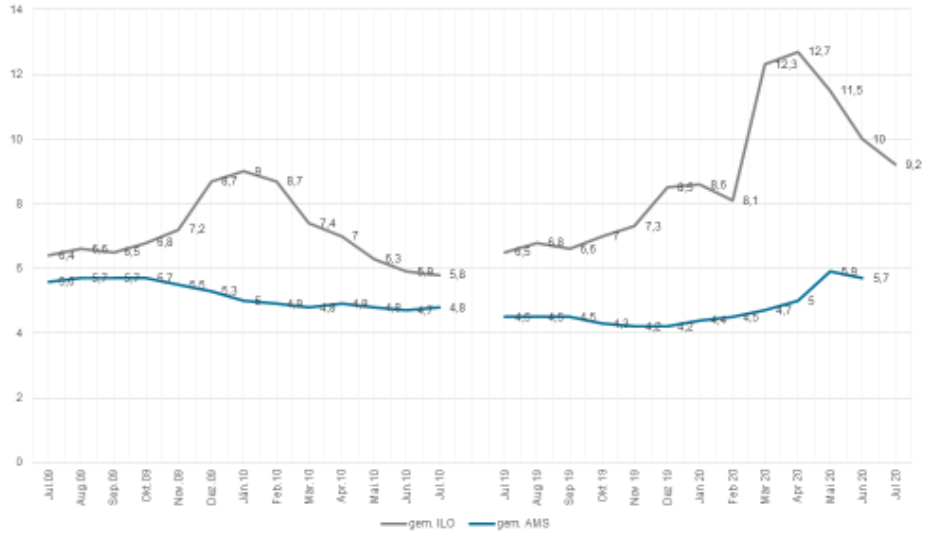



JKU

Stand: 21. August 2020

14

Abbildung 14: Arbeitslosenquoten gemäß AMS- und ILO-Definition im historischen Vergleich, in Prozent (Q: oenb.at, 13.8.2020)

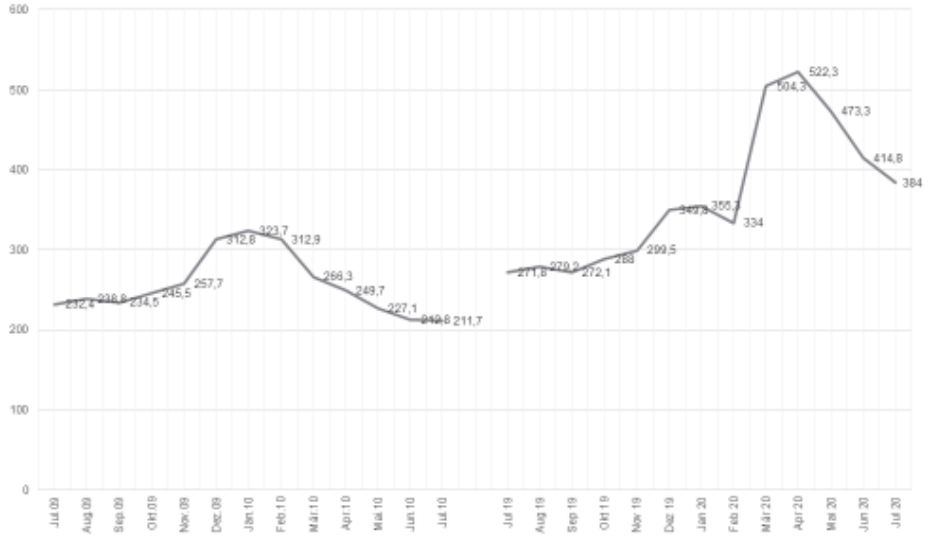



JKU

Stand: 21. August 2020

15

Abbildung 15: Arbeitslose gemäß AMS im historischen Vergleich, in Tausenden (Q: oenb.at, 13.8.2020)

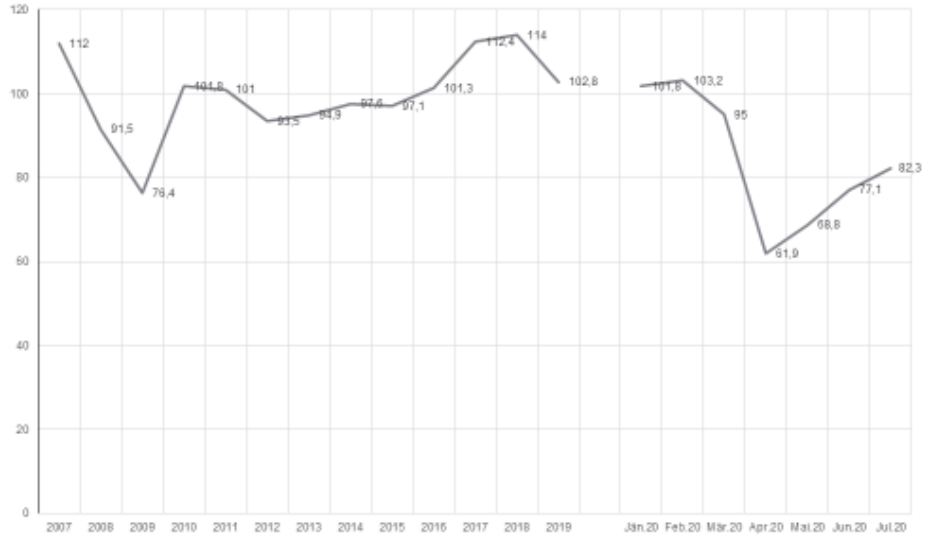



JKU

Stand: 21. August 2020

16

Abbildung 16: Index des eingeschätzten Vertrauens in die Wirtschaft, in Indexpunkten (Q: oenb.at, 31.7.2020)

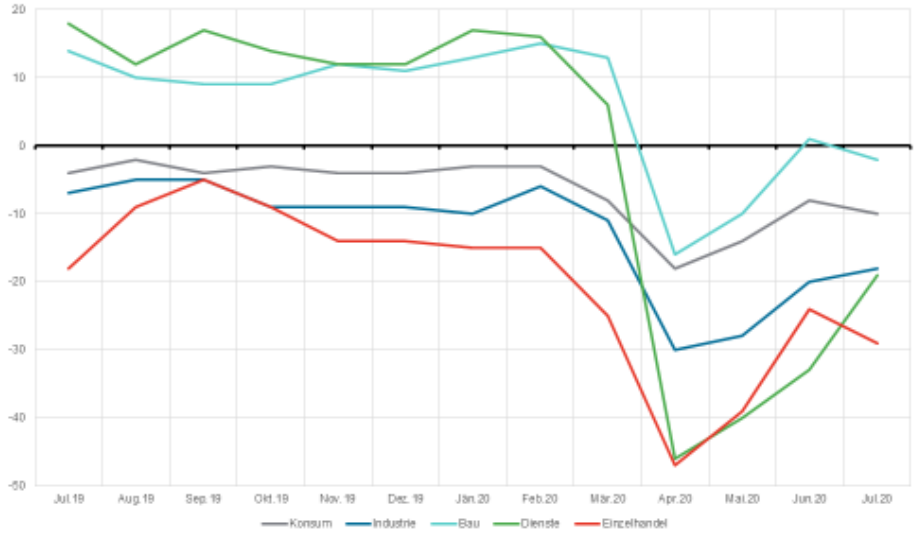



JKU

Stand: 21. August 2020

17

Abbildung 17: Indizes des eingeschätzten Vertrauens in Sektoren der Wirtshaft, jeweils als Saldo aus positiven und negativen Antworten (Q: oenb.at, 31.7.2020)




JKU

Stand: 21. August 2020

18

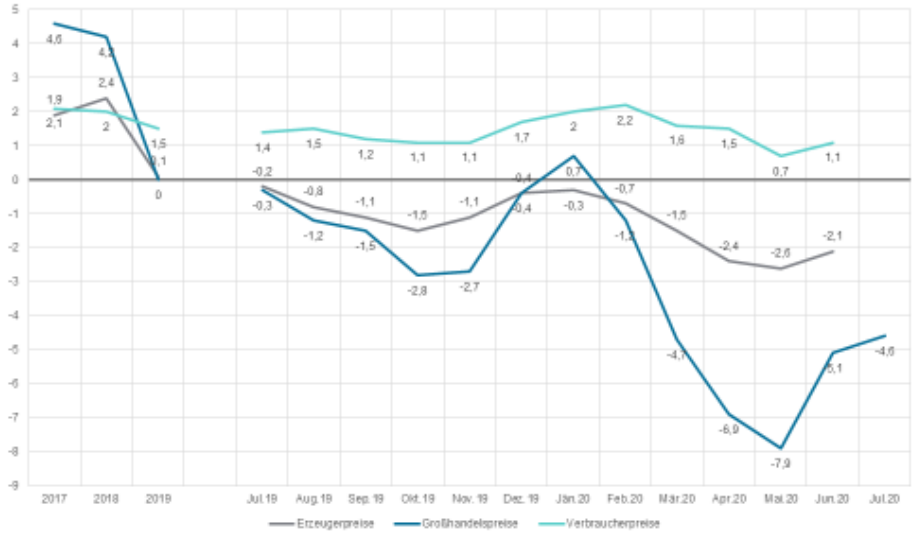
Abbildung 18: Jährliche Veränderungsraten der Neuzulassungen fabriksneuer Kfz, davon PKWs und Kombis, als Vertrauens- und Konjunkturindikatoren, in Prozent (Q: oenb.at, 11.8.2020)

JKU

Stand: 21. August 2020

19

Abbildung 19: Inflationsentwicklungen anhand von Erzeuger-, Großhandels- und Verbraucher-Preisindex, in Prozent pro Jahr (Q: oenb.at, 7.8.2020)

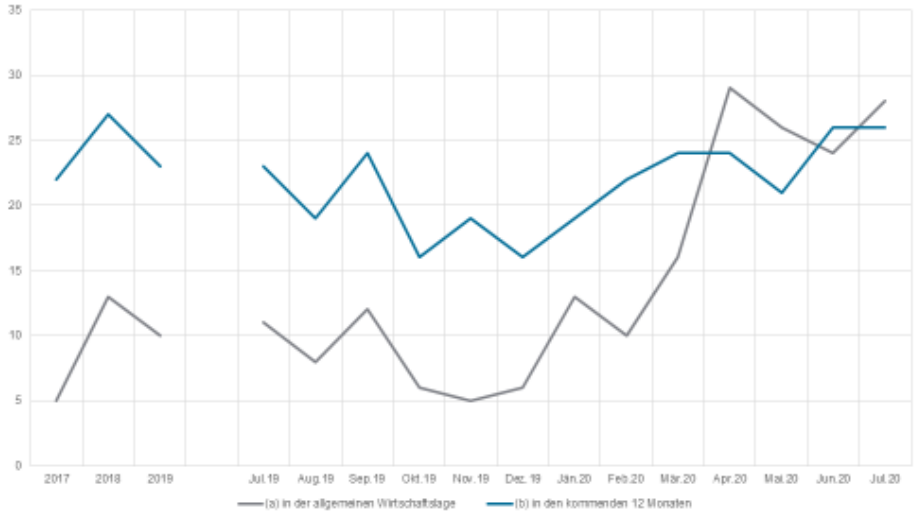



JKU

Stand: 21. August 2020

20

Abbildung 20: "Sparen ist ratsam: (a) in der allgemeinen Wirtschaftslage, (b) in den kommenden 12 Monaten", Saldo bejahender minus verneinender Antworten (Q: oenb.at, 30.7.2020)




JKU

Stand: 21. August 2020

21